

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	Termin 13.11.2013	Status öffentlich - Kenntnisnahme	Ergebnis
--	-----------------------------	---	-----------------

Umbenennung des Sozialamtes

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt:

Mit Beschluss des Stadtrates vom 23.10.2013 wurde die Umbenennung des Sozialamtes beschlossen.

Das Sozialamt erhält ab 01.11.2013 die Bezeichnung „Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten“

Die Seniorenbeauftragte führt die Bezeichnung „Fachstelle für Seniorenarbeit“t

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:				

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten**

Fürth, 31.10.2013

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten Frau Michaela Vogelreuther

Telefon: (0911) 974-1760

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status	Ergebnis
Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	13.11.2013	öffentlich - Beschluss	

Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit bei der Stadt Fürth

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten nimmt von den Ausführungen der Verwaltung zu den Eckpunkten einer „Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit“ Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung hierzu ein Konzept zu erarbeiten und Umsetzungsschritte vorzubereiten.

Sachverhalt:

Das Sozialamt setzt sich bereits seit geraumer Zeit mit dem Thema Wohnungslosigkeit und den Möglichkeiten zu deren Vermeidung auseinander. Nicht nur, dass der Verlust der Wohnung für den/die Betroffenen sehr häufig ein großes Problem darstellt, ist er auch für die Vermieter und die Kommune mit großem Verwaltungsaufwand und Kosten verbunden. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse der beiden Projekte „Nachhaltiges Wohnen“ und „Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)“, dass in vielen Fällen Lösungen gefunden werden können, die nicht nur den Verlust der Wohnung verhindern, sondern auch alle Beteiligten zufrieden stellen. Insbesondere im Hinblick auf die prekäre Situation (Überfüllung) in der Obdachlosenunterkunft sollte die Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Vordergrund stehen, zumal nachweislich die (präventive) Vermeidung von Wohnungslosigkeit - auch aus finanzieller Sicht - um ein Vielfaches günstiger ist als die nachträgliche Suche nach Wohnraum für wohnungslose Menschen.

Verwaltungsseitig sind bei der Entscheidung über die Übernahme von Mietschulden und deren Folgen verschiedene Dienststellen (Jobcenter, Grundsicherung, Wohnungsfürsorge), je nach Leistungsart, befasst, wobei Kostenträger immer die Stadt Fürth ist. Um hier eine einheitliche Verwaltungspraxis zu gewährleisten, wurden Überlegungen angestellt, ob nicht die Entscheidung über die Übernahme von Mietschulden im Sinne der Betroffenen und der Reduzierung der Kosten für die Stadt Fürth auf eine zentrale Stelle konzentriert werden kann/sollte. Im Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten/Wohnungsfürsorge

Beschlussvorlage

wurde daher ein Eckpunktepapier für eine „Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit“ entworfen, das dem Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten vorgestellt wird.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten				
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt						
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh	<input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten**

Fürth, 31.10.2013

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Soziales, Wohnen und
Seniorenangelegenheiten
Frau Michaela Vogelreuther

Telefon:
(0911) 974-1760



Verfügung zum Antrag

Antragsteller: Herr Stadtrat Schönweiß, DIE LINKE	Antragsnummer: AG/247/2013	Antragsdatum: 19.09.2013
Gegenstand des Antrags: Antrag von Herrn Stadtrat Schönweiß, DIE LINKE, vom 19.09.2013 - Erhaltung und Neuschaffung von Stellen "dauerhafte Wohnungssicherung" (DaWoSi) bei der Caritas	Bearbeiter: Anita Egermeier	

I. Der Antrag wird – gemäß Rücksprache mit dem Oberbürgermeister – in die nächste Sitzung des folgenden Gremiums **verwiesen**:

Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten

II. BMPA/SD

1. Fax an Antragsteller/in bzw. antragstellende Fraktion
2. zur Fertigung eines Abdruckes für alle Fraktionen, Einzelstadtratsmitglieder, BMPA, BMPA/StR, BMPA/SD

III. Rf. IV zur Vorbereitung für die Sitzung und auf die Tagesordnung setzen

Fürth, 20.09.2013
BMPA/SD
i.A.

☎ 1095/1096

DIE LINKE.

im Fürther Rathaus

- Stadtrat Ulrich Schönweiß -
Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagstüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dieLinkegruppefuerth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER		
20. SEP. 2013		
DPM	DIVZ	z.K.
BMPA	CST	z.w.V.
RpA	Ref. I	m.d.B. um Stellungnahme/Spektr.
Ref. II	Ref. III	büro Antwort zur Beschrift vorlegen
Ref. IV	Ref. V	büro Antwort vor Bescheidung vorlegen
Ref. VI	Info	Taktik

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 19.09.2013

- A n t r a g** zur nächsten, hilfsweise übernächsten, Stadtratsitzung
- Beibehaltung Stelle „dauerhafte Wohnungssicherung“ (DaWoSi) bei der Caritas
 - Ausweitung auf eine Vollzeitstelle, sowie
 - Einstellung wenigstens einer weiteren 400.-- €- Kraft für DaWoSi.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

in einem Zeitungsartikel der Fürther Nachrichten v. 05.08.2013 heißt es, daß es nur noch heuer vom Bayr. Sozialministerium einen Zuschuß i.H.v. 30.000.-- € für die Stelle bei „DaWoSi“ geben soll. Danach ist die Finanzierung nicht gesichert. Die Arbeit von DaWoSi ist als sehr positiv zu bewerten. Diese setzt präventiv ein, also versucht Wohnungsverlust sehr früh zu vermeiden. Dies ist ein erheblicher Beitrag für die Stadt; und auch zum Nutzen für die vielen privaten Investoren, die nicht unerheblich zu der Verteuerung der Wohnungspreise beitragen / beigetragen haben und ihnen gute Renditen ermöglichen. Auch möchte ich bezüglich des Zeitungsartikels bemerken, daß es auch dort heißt -und meiner langjährigen Erfahrung als Rechtsanwalt bei sozialen Fällen entspricht-, daß Hilfebedürftige sich oft schämen oder nicht trauen, „Angst haben“, mit dem Vermieter zu reden oder das Jobcenter aufzusuchen etc. Sie ziehen sich eher zurück, als daß sie selbstbewußt handeln würden. Dies ist mir wichtig klarzustellen, weil dies vor allem von Vertretern der sog. „Wirtschaft“ oft anders, nämlich gegenteilig, dargestellt wird.

Jedenfalls beantragen wir Mitteilung:

- Ist die Stadt mit dem Sozialministerium diesbezüglich in Verhandlungen ?
- Gibt es diesbezüglich Gespräche mit den privaten Investoren in Fürth (da sie von der Arbeit von

DaWoSi profitieren) ?

- Ist die Stelle auf andere Weise gesichert, z.B. über eine Stiftung ?

Sofern das Problem nicht gelöst werden kann, also der Freistaat Bayern die Kosten nicht übernimmt, beantrage ich, daß die Stadt die Kosten übernimmt.

Dies mag für die Stadt ärgerlich sein, da dies bisher eine Aufgabe des Landes war. Dennoch geht es um das Zusammenleben in unserer Stadt.

Und Investoren wird auch regelmäßig entgegengekommen. Diese haben aber auch eine soziale Verpflichtung, zudem ermöglicht es ihnen gutes Geld zu verdienen.

Vielleicht wäre auch eine Lösung ähnlich wie beim Mobilitätszuschuß möglich: eine Hälfte durch die Stadt finanziert, die andere Hälfte durch die Bürgerstiftung, wobei diese Hälfte die privaten Investoren aufbringen müßten.

Weiterer Antrag:

Wir beantragen eine Vollzeitstelle, sowie eine weitere 400.-- €- Kraft für DaWoSi.

Die Fälle werden aktuell von einer Teilzeitmitarbeiterin und drei ehrenamtlichen Mitarbeitern bearbeitet.

In alleine einer Woche kamen jedoch 20 neue Fälle hinzu ! Beispielsweise eine aufgrund ihres Arbeitsplatzverlustes in Not geratene ehemalige Quelle - Mitarbeiterin.

Diese Arbeit ist mit dem aktuellen Personalstand nicht zu bearbeiten.

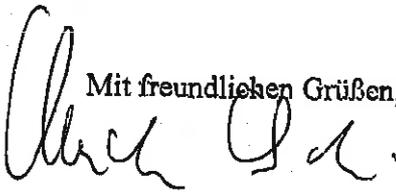
In der Sitzung der AGW (Arbeitsgruppe Wohnungsnot) von heute, zu der die Parteien / Fraktionen des Fürther Stadtrates eingeladen waren, hat sich die ganze Dramatik erst gezeigt. Beispielsweise gibt es bereits bis heute 114 Zwangsräumungen in diesem Jahr 2013.

Die Stelle von DaWoSi würde sonst Ende diesen Jahres 2013 wegfallen. Eine noch größere soziale Problematik wäre sehenden Auges die Folge. Dies dürfen wir in Verantwortung für die Stadt und aller BewohnerInnen nicht zulassen.

Sehr positiv bewerte ich die in der heutigen Sitzung der AGW durch alle Parteien gehende Übereinstimmung, daß grundsätzlich gehandelt werden muß.

Vorliegenden Antrag konnte ich erst heute abend stellen, weil die Sitzung erst heute nachmittag war. Auch habe ich insgeheim gehofft gehabt, daß es bereits eine Lösung wg. DaWoSi gibt, was jedoch leider nicht der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen,



Ulrich Schönweiß

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	Termin 13.11.2013	Status öffentlich - Beschluss	Ergebnis
---	-----------------------------	--	-----------------

Vorlage zum Antrag von Herrn Stadtrat Schönweiß, DIE LINKE, vom 19.09.2013 - Erhaltung und Neuschaffung von Stellen "dauerhafte Wohnungssicherung" (DaWoSi) bei der Caritas

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
Anlagen: Modellprojekt „Dauerhafte Wohnraumsicherung (DaWoSi)“	

Beschlussvorschlag:

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten nimmt von dem Bericht der Caritas Kenntnis und empfiehlt die Behandlung in den Haushaltsberatungen.

Sachverhalt:

Bei dem Projekt „Dauerhafte Wohnraumsicherung (DaWoSi)“ handelt es sich um ein Modellprojekt des Caritasverbandes für die Stadt und den Landkreis Fürth e.V., das im Juni 2012 startete und größtenteils aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen finanziert wird. Da eine weitere Finanzierung durch das Staatsministerium mehr möglich ist und auch keine Finanzierung über eine Stiftung oder Spendenmittel erreicht werden konnte, endet das Projekt am 31.12.2013.

Dieses Projekt stellt aus Sicht der Verwaltung eine sinnvolle und wichtige Unterstützungsleistung im Bereich der Vermeidung von Obdachlosigkeit dar und ist eine sehr gute Ergänzung zu dem von den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften finanzierten Projekt „nachhaltiges Wohnen“. Eine Weiterführung des Projektes ist anzustreben und wird vom Sozialreferat ausdrücklich befürwortet.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh

Beschlussvorlage

wenn nein, Deckungsvorschlag:

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten**

Fürth, 31.10.2013

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Soziales, Wohnen und
Seniorenangelegenheiten
Frau Michaela Vogelreuther

Telefon:
(0911) 974-1760

Modellprojekt

„Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)“

des Caritasverbandes Fürth e.V.

Wohnung = Sicherheit



Wir unterstützen Sie
Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)
Caritasverband für Stadt u. Landkreis Fürth e. V.

Das Modellprojekt „Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)“ startete im Juni 2012. Träger ist der Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Fürth e.V.. Finanziert wird das Projekt, auf Basis einer 25 Stunden-Stelle, bis Ende 2013 größtenteils über eine Anschubfinanzierung vom bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in Höhe von knapp 27.000 €. Der Caritasverband übernimmt den Fehlbetrag von ungefähr 8.000 €. Das Büro wird kostenlos von der Stadt Fürth zur Verfügung gestellt und befindet sich in der kommunalen Übergangswohnanlage. Somit ist das Projekt ein Kooperationsprojekt zwischen dem Caritasverband Fürth und der Stadt Fürth.

Für 2014 gibt es keine weiteren Finanzmittel über das Staatsministerium. Eine Anfrage nach einer weiteren Finanzierung über eine Stiftung und zusätzlich über Spendenmittel blieb erfolglos. Das Projekt wird zum 31.12.2013 eingestellt werden.

Hier ein kurzer Überblick der Angebote von „DaWoSi“.

Hauptziel des Projekts ist die dauerhafte Wohnungssicherung von Bürgern der Stadt Fürth in prekären Wohnverhältnissen. Im Rahmen einer sozialpädagogischen, präventiven Unterstützung, die zeitnah, flexibel und teilweise aufsuchend konzipiert ist, wird professionelle Hilfe gewährleistet. So soll unter anderem durch die Vermittlung zwischen den handelnden Parteien (Vermieter, Mieter, Behörden etc.) bereits im Vorfeld Wohnungslosigkeit vermieden werden. Vorrangiges Ziel ist die dauerhafte Sicherung von Wohnraum, um Wohnungsverlust nachhaltig entgegen zu wirken. Folgende Hilfen werden durch die Fachkraft angeboten:

Beratung bei vielfältigen Wohnungsproblemen wie z. B.

- Mietzahlungen / -schulden
- Drohende Wohnungslosigkeit
- Unzureichenden Wohnverhältnissen
- Vermittlung und Kommunikation zwischen den Parteien z.B. Klient und Amt oder Klient und Vermieter
- Unterstützung und Anleitung bei der Regelung finanzieller Angelegenheiten
- Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen, Formularen etc.

- Begleitung bei Ämtergängen oder zu Fachberatungsstellen
- Tipps zur Wohnungssuche

Nachsorge und Begleitung

- Regelmäßiges Gesprächsangebot
- Begleitung zu Ämtergängen oder Fachberatungsstellen
- Entwicklung von persönlichen Perspektiven
- Gesundheitsprävention
- Lebenspraktisches Training

In den letzten eineinhalb Jahren nahmen ca. 220 Personen / Familien Kontakt zur „DaWoSi“ auf. 50% der Klienten kommen häufiger oder immer wieder. Ein großer Anteil nimmt zudem das Angebot der Nachbetreuung wahr. Der Klientenansturm kann nur mit Hilfe von drei ehrenamtlichen Mitarbeitern bewältigt werden.

Während der Projektdauer hat sich herausgestellt, dass die wenigsten Klienten lediglich wegen einer Wohnungssuche Kontakt aufnehmen. Der Großteil der Klienten hat Mietschulden oder es gibt andere Probleme - wie Schimmel, Streit mit Nachbarn und Vermieter - so dass ein Verweilen in der Wohnung stark gefährdet ist. Da viele Klienten einen Schufa-Eintrag haben oder Leistungen des Jobcenters beziehen, haben sie nur sehr geringe Chancen bei Wohnungsverlust neuen Wohnraum zu finden.

Somit würden für viele Klienten die Zwangsräumung und eine anschließende Unterbringung in der Übergangswohnanlage anstehen, wodurch neben einer Vielzahl von weiteren Problemen, zudem auch enorme Kosten für die Kommune entstehen. Man geht davon aus, dass allein ein Obdachloser der Stadt jährlich etwa 5.000 € für die Unterbringung kostet. Alleine eine Zwangsräumung schlägt mit ungefähr 8.000 € zu Buche. Zudem trägt die Nachbetreuung mit dazu bei, dass der „Drehtüreeneffekt“ verhindert wird und Klienten, nach einem Neubezug, erneut in der Notunterkunft landen.

Häufig bringt dieser soziale Abstieg mit sich, dass die Betroffenen antriebslos, langfristig arbeitslos oder sogar erwerbsunfähig werden. Oft kommen zu der Resignation noch Sucht- oder psychische Erkrankungen. Diese Abwärtsspirale gilt es aufzuhalten.

Man darf zudem nicht außer Acht lassen, dass auch Familien mit Kindern von der Wohnungslosigkeit durch eine Zwangsäumung bedroht sind. So kann es passieren, dass eine Familie mit kleinen Kindern in der Übergangswohnanlage Tür an Tür mit Alkoholikern oder gewaltbereiten Personen wohnen. Eine Kindwohlgefährdung ist nicht auszuschließen. Eine Notunterkunft ist nicht der Ort, an dem Kinder aufwachsen sollten. Die Alternative der Heimunterbringung würde allerdings Familien zerstören.

Das Projekt „DaWoSi“ hat eine hohe Erfolgsquote und kann in etwa 90 % der Fälle weiter helfen, die Situation entschärfen oder sogar dauerhaft stabilisieren.

Ein Wegfall der Beratungsstelle würde für die hilfeschenden Bürger der Stadt Fürth bedeuten, dass sie mit ihren Problemen in diesem Bereich alleine klar kommen müssen, da dies die einzige derartig konzipierte Beratungsstelle ist. Ein Auffangen der Anfragen durch andere Beratungsstellen, gilt es als unrealistisch einzustufen.

Wir empfehlen der Stadt Fürth eine Weiterfinanzierung des Projektes, da - neben dem sozialen Aspekt der Arbeit - durch den präventiven Ansatz Folgekosten in nicht unerheblichem Maße vermieden werden.

Davon würde die Stadt Fürth wie auch ihre Bewohner langfristig profitieren.

Fürth, den 28.10.2013

Sandra Zintl
Sozialpädagogin (BA)

Christian Hoffmann
Geschäftsführer



Verfügung zum Antrag

Antragsteller: Behindertenrat	Antragsnummer: AG/266/2013	Antragsdatum: 29.10.2013
Gegenstand des Antrags: Antrag des Behindertenrates vom 29.10.2013 - Umgehende Wiederschaffung bzw. -besetzung der Stelle des/r Behindertenbeauftragten	Bearbeiter: Anita Egermeier	

I. Der Antrag wird – gemäß Rücksprache mit dem Oberbürgermeister – in der nächsten Sitzung des folgenden Gremiums behandelt:

Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten

II. BMPA/SD

1. E-Mail an den Behindertenrat
2. **vorab per Fax an Rf. IV**
3. zur Fertigung eines Abdruckes für alle Fraktionen,
Einzelstadtratsmitglieder, BMPA, BMPA/StR, BMPA/SD

III. Rf. IV **zur Vorbereitung für die Sitzung und den Antrag auf die Tagesordnung setzen**

Fürth, 30.10.2013
BMPA/SD
i.A.

☎ 1095/1096

Engelhardt Jutta

Von: Gisela Steffek [gisela.steffek@arcor.de]
Gesendet: Dienstag, 29. Oktober 2013 21:50
An: Jung Thomas
Cc: Stadt Fürth Referat IV
Betreff: Stelle des/r Behindertenbeauftragten
Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der Pensionierung des damaligen Amtsinhabers wurde 2011 die Stelle des/r Behindertenbeauftragten bei der Stadt Fürth abgeschafft bzw. nicht mehr besetzt.

Nach Art. 18 des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BayBGG) ist aber eine derartige Position für jede bayerische Kommune bzw. jeden Landkreis vorgesehen.

Die Stadt Fürth ist somit eine der ganz wenigen Kommunen, die das derzeit nicht umsetzt.

Der Behindertenrat beantragt daher die umgehende Wiederschaffung bzw. -Besetzung dieser Stelle sowie die Aufnahme dieses Antrages auf die Tagesordnung

des Sozialbeirates und eine Einbeziehung bei den anstehenden Haushaltsberatungen.

Der Hauptgrund liegt darin, dass unser Gremium bereits nach kurzer Zeit der Ehrenamtlichen Tätigkeit den dringenden Bedarf dafür festgestellt hat und trotz großem

Engagements vieler Mitglieder die Wahrnehmung der Aufgaben eines/r Behindertenbeauftragten von uns nicht geleistet werden kann.

Wir danken Ihnen bereits im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Steffek

1. Stellvertreterin des Behindertenrates

....

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	Termin 13.11.2013	Status öffentlich - Kenntnisnahme	Ergebnis
---	-----------------------------	--	-----------------

Sitzungstermine 2014

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
---------------------------------	--

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt:

Die Sitzungen des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten im Jahr 2014 finden statt am

Mittwoch, 12.02.2014

Montag, 23.06.2014

Mittwoch, 05.11.2014

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen	jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Gesamtkosten €	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja €	
Veranschlagung im Haushalt		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Hst.	Budget-Nr.	im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:		

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten**

Fürth, 31.10.2013

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten Frau Michaela Vogelreuther

Telefon: (0911) 974-1760

Inhaltsverzeichnis

Vorlagendokumente

TOP Ö 2 Umbenennung des Sozialamtes	
Vorlage SzA/050/2013	1
TOP Ö 4 Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit bei der Stadt Fürth	
Vorlage SzA/053/2013	3
TOP Ö 5 Antrag von Herrn Stadtrat Schönweiß, DIE LINKE, vom 19.09.2013 - Erhalt	
Verfügung zum Antrag AG/247/2013	5
13.09.19 LINKE Antrag Erhaltung und Neuschaffung von Stellen dauerhaft	7
TOP Ö 5.1 Vorlage zum Antrag von Herrn Stadtrat Schönweiß, DIE LINKE, vom 19.09	
Vorlage SzA/051/2013	9
Modellprojekt "Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)" SzA/051/2013	11
TOP Ö 6 Antrag des Behindertenrates vom 29.10.2013 - Umgehende Wiederschaffung	
Verfügung zum Antrag AG/266/2013	17
13.10.29 Behindertenrat - Antrag Umgehende Wiederschaffung bzw. -beset	19
TOP Ö 7 Sitzungstermine 2014	
Vorlage SzA/054/2013	21

Inhaltsverzeichnis

23